



Finanzielle Notlagen verhindern!

ADF unterstützt Bündnis Solidarsemester

Göttingen, 08.04.2020

Die COVID19-Pandemie stellt die Gesellschaft vor eine der größten Herausforderungen der Nachkriegszeit. Neben der prekären Lage für das Gesundheitssystem stehen auch andere Bereiche wie die Wirtschaft oder das Bildungssystem vor weitreichenden Problemen. Im Zuge dessen haben viele Studierende pandemiebedingt ihre Nebenjobs und damit einen wichtigen Teil ihrer Existenzsicherung verloren. Nachdem in letzter Zeit häufig von der Politik formuliert wurde, Betroffene zu unterstützen, lässt eine einheitliche Praxis noch immer auf sich warten. Immer mehr Studierendenvertretungen richten daher Forderungen an Bund und Länder. Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) unterstützt deswegen ergänzend zu ihrer Pressemitteilung vom 02.04.2020 [1] den Forderungskatalog des Bündnisses Solidarsemester [2] vollumfänglich, der vom freien Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) aufgestellt wurde.

Derzeit sind die Probleme für Studierende vielfältig: Sei es der verlorene Job, die Frage nach der Anrechnung des Semesters auf die maximale Wohnzeit in studentischen Wohnheimen, die anfallenden Kosten für Langzeit- und ausländische Studierende oder der Umgang mit Studienkrediten und BAföG. Immer wieder rückt dabei die Notlage der Studierenden in den Hintergrund, weil sich

**Arbeitsgemeinschaft
Demokratischer
Fachschaftsmitglieder**

Platz der Göttinger Sieben 3,
c/o FSR WiWi
37073 Göttingen
Tel: 0551 / 39-7351
Mail: adf@uni-goettingen.de

Vorstand:

Tim Kutz (Vorsitz)
Philip Plättner (Stellv. Vorsitz)
Alexander Ohm (Finanzen)

die Hochschulen primär mit der Fortsetzung der Lehre beschäftigen. Trotz der Bedeutsamkeit der digitalen Lehre im Sommersemester fordert die ADF jedoch die Entscheidungsträgerinnen und -träger dazu auf, die studentischen Belange auch außerhalb der Lehre stärker zu berücksichtigen. „In keiner Weise darf der Umgang mit der aktuellen Situation den finanziellen Ruin für die Studierenden bedeuten“, fordert Philip Plättner, Fraktionssprecher und stellvertretender Vorsitzender der ADF. Finanzielle Notlagen müssen verhindert werden! Da Studierende im Regelfall laut § 7 Abs. 5 SGB II vom ALG II ausgeschlossen sind, müssen alle Zahlungen unkompliziert weitergeführt und neue Anträge ohne den langwierigen und komplizierten Zulassungsvorgang ermöglicht werden. „Es muss klare Regelungen geben, die den Studierenden unter die Arme greifen. Bund, Länder und die Hochschulen stehen nun in der Pflicht“, so Plättner weiter.

Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF) ruft alle Studierenden und studentischen Bewegungen dazu auf, gemeinsam die durch das Bündnis formulierten Forderungen des Solidarsemesters zu unterstützen. „Nur solidarisch können wir diese Situation meistern. Dabei muss gruppen- und fraktionsübergreifend konstruktiv zusammengearbeitet werden“, ist Plättner überzeugt. „Das Solidarsemester muss mit einer starken und geschlossenen Studierendenvertretung beginnen.“ Darum begrüßt die ADF, dass der AStA der Universität Göttingen das Solidarsemester bereits unterstützt und steht für weitere überfraktionelle Zusammenarbeit gerne zur Verfügung.

Referenzen:

[1] ADF, 02.04.2020, Link: <https://www.adf-goettingen.de/aktuelles>

[2] Solidarsemester 2020, fzs, 06.04.2020, Link: <https://solidarsemester.de>

Philip Plättner

Fraktionssprecher und stellv. Vorsitzender